

BR/GT I/84 d/70

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG
EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Luxemburg, den 27. November 1970
BR/GT I/84/70

- Sekretariat -

Untergruppe "Ausführungsordnung"
der Arbeitsgruppe I

ARBEITSUNTERLAGE

Zu Artikel 16 Nummern 1^{bis} und 2^{bis}
17 Nummern 1, 2 und 3
21 Nummer 3
66 Nummer 5
69 Nummer 1

(Vom Redaktionsausschuss ausgearbeiteter Text)

BR/GT I/84 d/70

Zu Artikel 16

Nummer 1^{bis}

Aussetzung des Einspruchsverfahrens

[(1) Wird dem Europäischen Patentamt im Verlauf der Prüfung eines Einspruchs gegen ein europäisches Patent nachgewiesen, dass ein Verfahren eingeleitet ist, in dem festgestellt werden soll, dass das Recht auf das europäische Patent einer in Artikel 15 Absatz 1 des Übereinkommens bezeichneten Person zusteht, die nicht der Patentinhaber ist, so setzt das Europäische Patentamt das Verfahren zur Prüfung des Einspruchs aus, es sei denn, dass derjenige, der das Recht auf das europäische Patent geltend macht, der Fortsetzung dieses Verfahrens zustimmt. Diese Zustimmung ist dem Europäischen Patentamt schriftlich zu erklären; sie ist unwiderruflich.

(2) Wird der in Absatz 1 vorgesehene Nachweis im Verlauf der Einspruchsfrist erbracht, so setzt das Europäische Patentamt vorbehaltlich der in Absatz 1 vorgesehenen Zustimmung die Prüfung der gegen das europäische Patent eingelegten Einsprüche aus.

(3) Wird dem Europäischen Patentamt nachgewiesen, dass in dem Verfahren zur Geltendmachung des europäischen Patents eine rechtskräftige Entscheidung zugunsten des Patentinhabers ergangen ist, so wird das Verfahren zur Prüfung des Einspruchs mit diesem fortgesetzt oder begonnen. Ist die Entscheidung zugunsten desjenigen ergangen, der das Recht auf das europäische Patent geltend gemacht hat, so wird das Verfahren erst nach Ablauf einer angemessenen Frist fortgesetzt oder begonnen.

(4) Ein Hinweis auf die Aussetzung und die Fortsetzung oder den Beginn des Verfahrens wird in das europäische Patentregister eingetragen und im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht.]

Zu Artikel 16 Nr. 1^{bis}

Bemerkungen:

1. Die Annahme des vorgeschlagenen Artikels setzt eine Aenderung des Artikels 16 des Ersten Vorentwurfs dahingehend voraus, dass die Bestimmungen dieses Artikels auf das Einspruchsverfahren erweitert werden (vgl. Berichte, Nr. 30 Absatz 2).
2. Die Annahme dieses Artikels hat die Streichung der Bemerkung Nr. 1 zu dem derzeitigen Artikel ... (Nr. 1 zu Artikel 16) zur Folge.

Zu Artikel 16

Nummer 2^{bis}

Beschränkung des Verzichts auf das europäische Patent

[Vom Zeitpunkt des Eingangs der Mitteilung beim Europäischen Patentamt, dass ein in Artikel ... (Nummer 1bis zu Artikel 16) genanntes Verfahren eingeleitet ist, kann bis zum Beginn oder der Fortsetzung des Einspruchsverfahrens in keinem Vertragsstaat auf das europäische Patent verzichtet werden, es sei denn, dass derjenige, der das genannte Verfahren eingeleitet hat, zustimmt. Wird der Nachweis, dass dieses Verfahren eingeleitet ist, nach Ablauf eines Monats nach Eingang der Mitteilung nicht erbracht, so ist der Patentinhaber bis zum Zeitpunkt der Vorlage dieses Nachweises wieder berechtigt, auf das Patent zu verzichten.]

Bemerkungen:

1. Die Annahme des vorgeschlagenen Artikels setzt eine Aenderung des Artikels 16 des Ersten Vorentwurfs dahingehend voraus, dass die Bestimmungen dieses Artikels auf das Einspruchsverfahren erweitert werden.

2. Offen ist die Frage, ob auch für den Fall der Einleitung eines Verfahrens zur Uebertragung der europäischen Patentanmeldung (vgl. Bemerkung 3 a zu Artikel 16 Nummer 1) eine diesem Artikel entsprechende Ausführungsbestimmung aufgenommen werden sollte.

Es sollte noch geprüft werden, ob zum Schutz dessen, der das Recht auf das europäische Patent geltend macht, eine weitergehende Beschränkung des Anmelders in der Verfügung über die europäische Patentanmeldung vorgesehen werden soll.

3. Der Wortlaut der Nr. 2 zu Artikel 16 (Dok. BR/42/70) wird an die Fassung dieser Bestimmung angepasst.

Zu Artikel 17

Nummer 1

Erfindernennung

(1) Der Erfinder kann dem Europäischen Patentamt nur vom Anmelder oder Patentinhaber genannt werden. Die Nennung des Erfinders kann jederzeit bis zum Ablauf der Einspruchsfrist oder, wenn ein Einspruch eingelegt ist, bis zu dem Zeitpunkt vorgenommen werden, in dem rechtskräftig über den Einspruch entschieden ist.

- (2))
) Fassung des Dok. BR/42/70 unverändert
(3))

Bemerkungen:

1. Der vorgeschlagene Artikel setzt eine Aenderung des Artikels 17 des Ersten Vorentwurfs voraus.
2. Die Annahme dieses Artikels hat die Streichung der Bemerkung Nr. 2 zu dem derzeitigen Artikel ... (Nr. 1 zu Artikel 17) zur Folge.

BR/GT I/84 d/70

.../...

Zu Artikel 17

Nummer 2

Bekanntgabe der Erfindernennung

(1) Die als Erfinder genannte Person wird vorbehaltlich der Vorschriften der Absätze 2 bis 4 dieses Artikels im europäischen Patentregister und in allen massgeblichen Bekanntmachungen im Europäischen Patentblatt sowie auf den Veröffentlichungen der europäischen Patentanmeldung und den europäischen Patentschriften als Erfinder vermerkt.

(2) Wird die Erfindernennung zu einem Zeitpunkt eingereicht, zu dem es nicht mehr möglich ist, die Vorschriften des Absatzes 1 in vollem Umfang anzuwenden, so wird der Erfinder im Europäischen Patentblatt bekanntgegeben und, sofern der Anmelder oder Inhaber des europäischen Patents dies beantragt, auf den noch nicht ausgegebenen Veröffentlichungen der europäischen Patentanmeldung oder den europäischen Patentschriften vermerkt.

(3) Legt ein Dritter dem Europäischen Patentamt eine rechtskräftige Entscheidung vor, aus der hervorgeht, dass der Anmelder oder Inhaber des europäischen Patents verpflichtet ist, ihn als Erfinder zu nennen, so sind die Vorschriften der Absätze 1 und 2 entsprechend anzuwenden. Jedoch kann im Falle des Absatzes 2 auch der Dritte beantragen, auf den noch nicht ausgegebenen Veröffentlichungen der europäischen Patentanmeldung oder den europäischen Patentschriften vermerkt zu werden.

Zu Artikel 17 Nr. 2

(4) Verzichtet der vom Anmelder oder Inhaber des europäischen Patents genannte Erfinder dem Europäischen Patentamt gegenüber schriftlich auf seine Nennung als Erfinder, so unterbleiben die in den Absätzen 1 und 2 vorgesehenen Massnahmen.

Bemerkungen:

1. Siehe Bemerkung Nr. 2 zu Artikel 17 Nr. 1.
2. Der vorgeschlagene Artikel setzt eine Aenderung des Artikels des Ersten Vorentwurfs voraus.

BR/GT I/84 d/70

.../...

Zu Artikel 17

Nummer 3

Berichtigung oder Widerruf der Erfindernennung

(1) Eine unrichtige Erfindernennung kann nur auf Antrag berichtigt oder widerrufen werden; mit dem Antrag ist die Zustimmung des zu Unrecht als Erfinder genannten und, wenn der Antrag nicht vom Anmelder oder Inhaber des europäischen Patents eingereicht wird, dessen Zustimmung vorzulegen. Fehlt eine solche Zustimmung, so kann der Antragsteller eine rechtskräftige Entscheidung vorlegen.

(2) Ist eine unrichtige Erfindernennung im europäischen Patentregister vermerkt oder im Europäischen Patentblatt veröffentlicht, so wird diese Eintragung oder diese Veröffentlichung berichtigt. Die unrichtige Erfindernennung wird auf den noch nicht ausgegebenen Veröffentlichungen der europäischen Patentanmeldung oder den europäischen Patentschriften berichtigt. Diese Vorschrift ist auf den Widerruf einer unrichtigen Erfindernennung entsprechend anzuwenden.

Bemerkungen:

- 1 Siehe Bemerkung Nr. 2 zu Artikel 17 Nr. 1.
2. Der vorgeschlagene Artikel setzt eine Änderung des Artikels 17 des Ersten Vorentwurfs voraus.

Zu Artikel 21

Nummer 3

Erteilung eines Zusatzpatents an Rechtsnachfolger des Anmelders
oder Inhabers des Hauptpatents

(1) Bei der Erteilung des europäischen Zusatzpatents gilt die Person oder gelten die Personen, die als Inhaber des europäischen Hauptpatents in das europäische Patentregister eingetragen sind, als Inhaber dieses Patents im Sinne des Artikels 21 Absatz 3 des Uebereinkommens.

(2) Wird dem Europäischen Patentamt nachgewiesen, dass das europäische Hauptpatent einmal oder mehrmals in allen oder einigen Vertragsstaaten übertragen worden ist, und sind diese Uebertragungen der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz der in Frage stehenden Staaten gegenüber wirksam, so gilt der Uebertragungsempfänger oder gelten die Uebertragungsempfänger in den Vertragsstaaten, für die das Zusatzpatent erteilt wird, bei der Erteilung des Zusatzpatents als Inhaber des europäischen Hauptpatents im Sinne des Artikels 21 Absatz 3 des Uebereinkommens.

Zu Artikel 66

Nummer 5

Form und Inhalt der Zusammenfassung

(1) Die Zusammenfassung muss die Bezeichnung der Erfindung enthalten.

(2) Die Zusammenfassung muss eine Kurzfassung der in der Beschreibung, den Ansprüchen und Zeichnungen enthaltenen Offenbarung enthalten; die Kurzfassung soll das technische Gebiet der Erfindung angeben und so gefasst sein, dass sie ein klares Verständnis des technischen Problems, des entscheidenden Punktes der Lösung der Erfindung und der hauptsächlichen Verwendungsmöglichkeiten ermöglicht. In der Zusammenfassung ist gegebenenfalls die chemische Formel anzugeben, die unter den in der Patentanmeldung enthaltenen Formeln die Erfindung am besten kennzeichnet. Sie darf keine Behauptungen über angebliche Vorzüge oder den angeblichen Wert der Erfindung oder über deren theoretische Anwendungsmöglichkeiten enthalten.

(3) Die Zusammenfassung soll in der Regel aus nicht mehr als 150 Worten bestehen.

(4) Enthält die europäische Patentanmeldung Zeichnungen, so hat der Anmelder diejenige Abbildung oder in Ausnahmefällen diejenigen Abbildungen anzugeben, die er zur Veröffentlichung mit der Zusammenfassung vorschlägt. Das Europäische Patentamt kann eine oder mehrere andere Abbildungen veröffentlichen, wenn es der Auffassung ist, dass diese die Erfindung besser kennzeichnen. Hinter jedem wesentlichen Merkmal, das in der Zusammenfassung erwähnt und durch die Zeichnung veranschaulicht ist, hat in Klammern ein Bezugszeichen zu stehen.

Bemerkung zu Absatz 4:

In Absatz 4 wird davon ausgegangen, dass die Zusammenfassung und die europäische Patentanmeldung getrennt veröffentlicht werden können.

Zu Artikel 66 Nr. 5

(5) Die Zusammenfassung ist so zu formulieren, dass sie eine wirksame Handhabe zur Sichtung des jeweiligen technischen Gebiets gibt und insbesondere eine Beurteilung der Frage ermöglicht, ob es notwendig ist, die Patentanmeldung selbst einzusehen.⁷

Bemerkungen:

1. Im französischen Text wird hier der Begriff "résumé", der in einigen Bestimmungen des Entwurfs der Ausführungsordnung erscheint, durch den in dem Vorentwurf des Übereinkommens verwendeten Begriff "abrégé" ersetzt.
2. Dieser Artikel ist in eckige Klammern gesetzt worden, weil noch nicht endgültig entschieden worden ist, ob eine Zusammenfassung verlangt werden soll.

Zu Artikel 69

Nummer 1

Benachrichtigung des Anmelders, dass die Patentanmeldung als zurückgenommen gilt

(1) Stellt das Europäische Patentamt fest, dass eine europäische Patentanmeldung als zurückgenommen gilt, so teilt es dies dem Anmelder gemäss Artikel 161 des Uebereinkommens mit.

(2) Ist der Anmelder der Auffassung, dass die europäische Patentanmeldung nicht als zurückgenommen gilt, so kann er innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Zustellung der Mitteilung gemäss Absatz 1 eine Entscheidung des Europäischen Patentamts beantragen. Eine solche Entscheidung wird nur getroffen, wenn das Europäische Patentamt die Auffassung des Anmelders nicht teilt.
Bemerkungen:

1. Die Untergruppe ist der Auffassung, dass die Arbeitsgruppe I zu gegebener Zeit prüfen sollte, ob die in einigen Artikeln des Vorentwurfs enthaltene allgemeine Bezugnahme auf das Uebereinkommen auf die Ausführungsordnung auszudehnen ist. Sie weist in diesem Zusammenhang zum Beispiel auf die Artikel 88, 155, 159 und 161 des Vorentwurfs hin.
 2. Ist vom Sekretariat später zu erstellen.
-

